



## ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

**Absender:**

Fraktion Bürger für Hohenlimburg /Piraten Hagen

**Betreff:**

Antrag der Fraktion Bürger für Hohenlimburg/Piraten  
hier: Handlungsoptionen nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Zulässigkeit  
von Fahrverboten für Dieselmotorkraftfahrzeuge

**Beratungsfolge:**

13.03.2018      Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird gebeten, einen Sachstandsbericht zur Wahrscheinlichkeit von Fahrverboten in Hagen nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zur Zulässigkeit von Fahrverboten für Dieselmotorkraftfahrzeuge zu geben. Ebenso wird sie gebeten, dem Ausschuss Handlungsoptionen darzustellen, die geeignet sind, solche Fahrverbote kurz- und mittelfristig abzuwenden.

**Kurzfassung**

Entfällt.

**Begründung**

Siehe Anlage.



## Inklusion von Menschen mit Behinderung

### Belange von Menschen mit Behinderung

*(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)*

☒

sind nicht betroffen

☐

sind betroffen (hierzu ist eine kurze Erläuterung abzugeben)

Kurzerläuterung:

Fraktion

Bürger für Hohenlimburg/Piraten Hagen

im Rat der Stadt Hagen



Herrn Ausschussvorsitzenden

Hans-Georg Panzer

- im Hause -

Hohenlimburg/Hagen, 1. März 2018

Sehr geehrter Herr Panzer,

die Fraktion Bürger für Hohenlimburg/Piraten Hagen bittet Sie, folgenden Antrag gemäß § 6 (1) der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität am 13. März 2018 zu setzen:

### **Handlungsoptionen nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zur Zulässigkeit von Fahrverboten für Dieselmotorkraftfahrzeuge**

**Beschlussvorschlag:** Die Verwaltung wird gebeten, einen Sachstandsbericht zur Wahrscheinlichkeit von Fahrverboten in Hagen nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zur Zulässigkeit von Fahrverboten für Dieselmotorkraftfahrzeuge zu geben. Ebenso wird sie gebeten, dem Ausschuss Handlungsoptionen darzustellen, die geeignet sind, solche Fahrverbote kurz- und mittelfristig abzuwenden.

**Begründung:** Fahrverbote für Dieselmotorkraftfahrzeuge in Hagen wären mit erheblichen direkten und indirekten Nachteilen für die betroffenen Bürger, aber auch für den Einzelhandel und die Wirtschaft insgesamt verbunden. Andererseits ist es geboten, die Gesundheit der Bürger wirksam und im gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen zu schützen. Daraus folgt, dass Fahrverbote vermieden werden sollten, wenn dies unter angemessener Berücksichtigung des Gesundheitsschutzes möglich ist. Die bisherigen Bemühungen um die Luftreinhaltung haben nicht dazu geführt, die Schadstoffbelastungen der Luft in Hagen in einem Maß zu begrenzen, das die Sperrung von Straßen und die Verhängung von Fahrverboten für Fahrzeuge mit Dieselmotor verhindert. Durch das sogenannte Dieselurteil vom 27. Februar 2018 und die unter anderem von der Deutschen Umwelthilfe in den Medien dargestellten Folgen ist erhöhter Handlungsdruck entstanden, wenn Dieselfahrverbote in Hagen noch verhindert werden sollen. Von Interesse ist daher insbesondere, welche erfolgversprechenden Maßnahmen kurzfristig umgesetzt werden können, um Fahrverbote zu verhindern – auch solche Maßnahmen, die bislang aus anderen Erwägungen (z.B. hohe Kosten) nicht realisiert wurden.

**(wir behalten uns weitere Antragstellungen zu diesem TOP vor)**

gez.: Peter Arnusch

UWA-Mitglied Bürger für Hohenlimburg/Piraten Hagen

F.d.R.: Frank Schmidt

Fraktionsgeschäftsführer